

2020

Die folgende Erzählung ist eine fiktive Geschichte und kein journalistischer Bericht über wirkliche Geschehnisse. Mögliche Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Ereignissen sind beabsichtigt.

von Ludwig Fliesser

Alles beginnt in einem Staat im fernen Osten, wo sich einige Menschen mit einem neuartigen Virus infiziert haben. Der Versuch der autoritären Regierung, den Ausbruch der Krankheit zunächst totzuschweigen, scheitert. In Windeseile werden Krankenhäuser errichtet, Millionen von Menschen mit Ausgangssperren quasi unter Quarantäne gestellt, Kritiker des Gesundheitsmanagements der Regierung gibt es nicht – sie verschwinden oder sterben selbst an dem neuartigen Virus. Die totale Überwachung der Bevölkerung mit flächendeckend positionierten Videokameras und automatisierter Gesichtserkennung trägt hingegen nach einigen Wochen Früchte – die Epidemie in Fernost scheint besiegt. Die Medien in Europa verfolgen den Ausbruch der Erkrankung in Asien zunächst mit einer Mischung aus Besorgnis, Sensationslust und exotischer Verwunderung. Unmittelbare Angst vor dem Virus ist in der Bevölkerung noch nicht spürbar. Das macht die Menschen einerseits sorglos im Umgang mit dem Erkrankungsrisiko. Es ist aber auch manch nationaler Regierung ein Dorn im Auge, denn es erschwert, harte Gegenmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Erkrankung zu setzen. Im Mittelmeerraum, wo das Virus mit voller Härte zuschlägt, braucht es nicht mehr viel, um Angst und Schrecken zu verbreiten. In jenen Ländern, wo sich das Virus nicht sonderlich bemerkbar macht, scheinen die Menschen hingegen nicht gewillt zu sein, dem Problem die Bedeutung beizumessen, die es nach Meinung von Experten und Regierungen verdient.

Nun setzen auch in den ersten europäischen Ländern Ausgangssperren ein. Als Vorbild dieser Maßnahme dient ausgerechnet ein fernöstlicher Staat, über dessen autoritäres System man sonst regelmäßig in kritischen Berichten über den globalen Missstand der Menschenrechte liest. Nun wird das dortige Krisenmanagement zum Erfolgsrezept im Kampf gegen das Virus erklärt. In den Ländern, wo die Pandemie als Erstes Einzug gehalten hat und die eine offensichtlich hohe Zahl von Infizierten und Todesopfern aufweisen, stoßen die Ausgangssperren nur auf mäßigen Widerstand. Dort, wo es kaum sichtbare Auswirkungen auf den Alltag der Bevölkerung durch die neuartige Virusinfektion gibt, verweist man auf die Toten und Infizierten in den Nachbarländern. Man handle präventiv, um ähnliche Auswirkungen durch die Pandemie wie in den benachbarten Ländern zu vermeiden. Dazu werden Experten bemüht, die der Bevölkerung im Tonfall von Mittelschulpädagogen den Verlauf einer exponentiellen Ausbreitungskurve im Zusammenhang mit einer Pandemie erklären. Allerdings stellen manche Regierungen besorgt fest, dass die Angst in der Bevölkerung noch nicht ausreicht, um die massiven Freiheitseinschränkungen widerstandslos zu akzeptieren. Im Krisenstab werden Sitzungen darüber abgehalten, wie man der Bevölkerung größere Angst einjagen könnte. Für jene Bürger, für die der steil nach oben weisende, exponentielle Funktionsgraph der prognostizierten Infiziertenzahlen nicht als Argumentation ausreicht, werden mahnende Worte und drastische Bilder bemüht. Erschreckende Bilder von

medizinischem Personal in Schutzanzügen, sterbenden Menschen, Leichensäcken und Särgen. Außerdem wird zu Beginn jeder Nachrichtensendung des staatlichen Rundfunks ein Bodycount eingeführt: Im Rahmen der Schlagzeilen wird die aktuelle Zahl der Infizierten und Toten verlesen. In sozialen Medien kursieren Videos von nackten Leichen, die in den Kellern von Krankenhäusern darauf warten, entsorgt zu werden. Wo die Bilder herkommen und wer sie zu welchem Zweck gemacht hat, bleibt unklar.

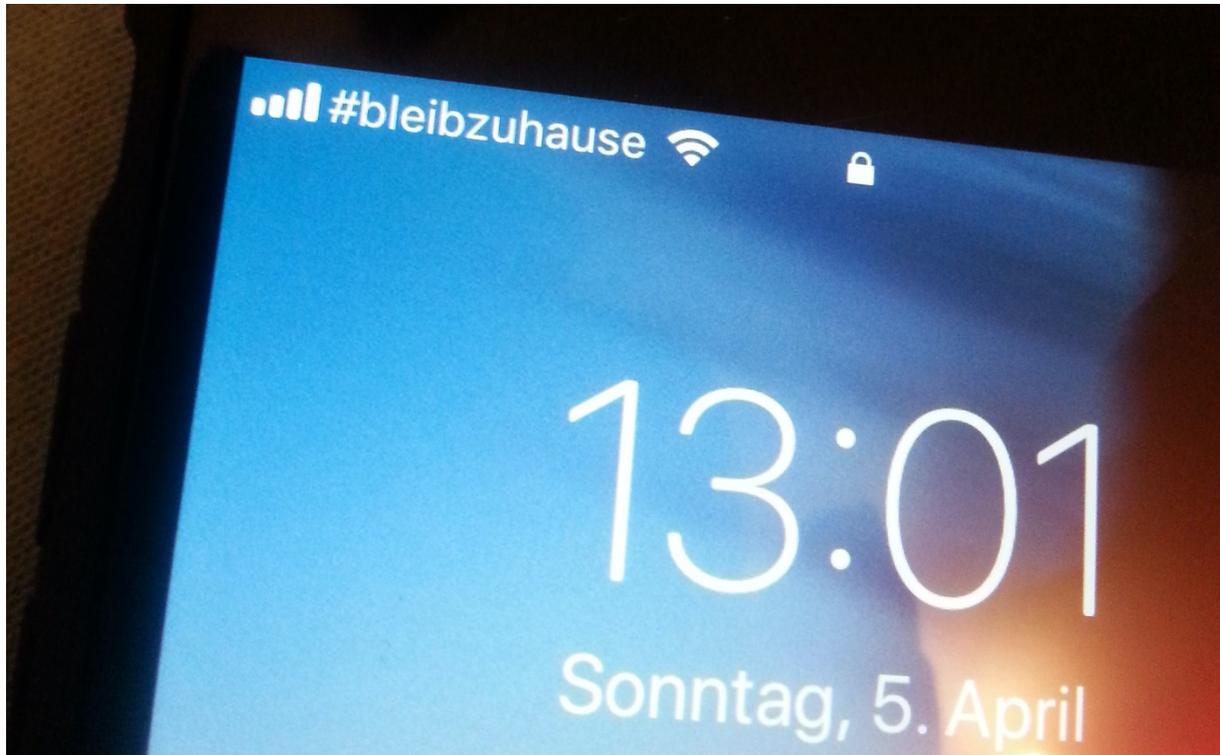
Klar ist allerdings, dass es diese Szenen wirklich gibt. Das Virus hat viele Länder Europas unvorbereitet erwischt, darunter zunächst die eher ärmeren Staaten im Süden. Aus Vorsicht haben diese alle Infizierten sofort hospitalisiert, um die Patienten und deren Zustand besser überwachen zu können. Das hat sich jedoch als fataler Fehler entpuppt, denn schon zuvor war das Risiko einer Krankheitsübertragung innerhalb eines Krankenhauses meist wesentlich größer als außerhalb einer Klinik. Hinzu kommt, dass durch diverse Sparprogramme und das lange Ausbleiben einer Seuchenwelle zu wenig Reserven in den Spitälern aufgebaut worden waren. Durch diese Mischung wird die Krankheit und deren Ausbreitungsgeschwindigkeit in einigen Ländern tatsächlich brandgefährlich, sodass sie das dortige Gesundheitssystem völlig überfordert: die Infizierten in den Krankenhäusern infizieren andere Patienten und Mitglieder des Pflegepersonals, die sich wiederum gegenseitig anstecken. Das Gesundheitsmanagement ist somit zusätzlich zu den eigentlichen Patienten bald auch mit einem Mangel an gesundem und einsatzfähigem, medizinischen Personal konfrontiert. Hinzu kommt die fehlende Ausrüstung mit Hygieneartikeln wie Masken und Handschuhen sowie Intensivbetten und Beatmungsmaschinen, welche die Menschen im Falle eines schweren Krankheitsverlaufs benötigen würden. In der Folge sterben immer mehr Menschen, nicht nur an den direkten Folgen eines nicht behandelbaren Virus, sondern als Konsequenz der medizinischen Unterversorgung.

Im Lichte dieses Szenarios schwören nun die Regierungen der übrigen Länder ihre eigene Bevölkerung auf harten Maßnahmen gegen die Seuche ein. Es melden sich viele Mediziner als Befürworter zu Wort und erklären der Bevölkerung, wie sie sich am besten vor Ansteckung schützt. Fernsehauftritte von Epidemiologen, Virologen und sogar Mathematikern, die Berechnungsmodelle und Prognosen über die Ausbreitung der Erkrankung in der Bevölkerung erstellen, werden zum Alltag. Um auch die Unbelehrbaren mit ins Boot zu holen, setzt man zusätzlich auf sicherheitspolizeiliche Maßnahmen, wie Ausgangsbeschränkungen, und Geschäftsschließungen. Es kommt in der Folge zu einem Einbruch des wirtschaftlichen Lebens, zu Massenarbeitslosigkeit und panikartigen Hamsterkäufen in den Lebensmittelgeschäften, die als einzige immer noch geöffnet haben dürfen. Als Nebeneffekt gibt es einen erfreulichen Rückgang bei der Alltagskriminalität. Die Polizei nutzt ihre Ressourcen stattdessen, um die Einhaltung der Maßnahmen gegen die Epidemie zu kontrollieren.

Gleichzeitig beginnt eine zivile Kampagne für richtiges Verhalten in Zeiten der Viruspandemie. Es kursieren Templates für soziale Medien mit unterschiedlichen Slogans wie „*#stay save, stay home*“ und ähnlichen Botschaften. Die Diktion ist stets im Imperativ, bisweilen geht die Wortwahl ins Aggressive, wie der bevormundende Slogan „*#stay the fuck home*“ zeigt. Die Herkunft dieser Slogans und Initiativen ist nicht völlig geklärt. Teilweise dürften sie auf Kampagnen von Privatpersonen, welche dies aus eigenem Antrieb initiiert haben, zurückgehen. Teilweise werden diese Kampagnen aber auch von Regierungen und großen IT-Unternehmen befeuert. Beispielsweise erscheint plötzlich auf allen Mobiltelefonen eines großen Telekomanbieters der Slogan *#bleibzu Hause*“, angeblich eine eigenständige Entscheidung der dortigen Marketingabteilung.

Die unabhängige Medienlandschaft steht vor dem Zusammenbruch, weil mit dem Kollaps der Wirtschaft auch ihre Finanzierung durch Inserate wegbricht. Der öffentlich-rechtliche

Rundfunk hat mit derlei Problemen nicht zu kämpfen und weitet sein Nachrichtenangebot aus. Pressekonferenzen einzelner Regierungsmitglieder werden in voller Länge übertragen, die Zahl der Nachrichtensendungen verdoppelt und deren Sendezeit verlängert. Argumentiert wird dies mit der Verunsicherung in der Bevölkerung und dem daraus folgenden Informationsbedürfnis. Die Opposition tritt zunehmend in den Hintergrund.



Durch diese Mischung von privaten und regierungsnahen Kampagnen entsteht ein neues Sitten- und Normenbild, wie man sich im Alltag korrekt zu verhalten habe. Dieses wird von den Teilnehmern sozialer Netzwerke ebenso verstärkt wie durch Radio- und Fernsehwerbung sowie Zeitungsinserte der Regierung, die inzwischen fast als Einzige noch Inserte schaltet. Wer die Verhaltensregeln in Frage stellt, riskiert, sich den Zorn seiner Mitmenschen zuzuziehen. Eine gewisse Kriegs-Rhetorik seitens der verantwortlichen Politiker auf der Regierungsbank trägt das Ihre dazu bei. Es sei im Interesse aller, zu Hause zu bleiben. Außerdem liege es in der Verantwortung jedes einzelnen, seine Mitmenschen zu schützen. Wer das in Frage stelle, der sei ein „Verharmloser“. Wer sich nicht vollumfänglich an die Maßnahmen halte ein „Lebensgefährder“. Damit bei Nichteinhaltung der Verhaltensregeln nicht nur der moralische Zeigefinger droht, setzt die Regierung auf polizeiliche Konsequenzen, vor allem in Form von drastischen Bußgeldern. Die rechtliche Möglichkeit dazu hat sie sich noch zu Beginn der Krise per Gesetz absichern lassen. Sogar alle Oppositionsparteien haben diesem Gesetz gutgläubig zugestimmt, es gibt de facto keinen Widerstand – Niemand will sich dem Kampf gegen den unsichtbaren Feind, dem Virus, also quasi der Natur und den Naturgesetzen selbst, entgegenstellen. Sämtliche Maßnahmen erscheinen deshalb absolut alternativlos. Wer sie in Frage stellt, muss sich gefallen lassen, die natürlichen Gesetzmäßigkeiten selbst in Frage zu stellen.

Aufgrund der Neuartigkeit des Virus` gibt es eine große Unsicherheit betreffend der Gefährlichkeit, die dazu führt, dass man vom schlimmsten, anzunehmenden Szenario ausgeht und sich alle weiteren Maßnahmen, wie die drastischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, daran orientieren. Es entstehen neue Begrifflichkeiten wie die „neue Normalität“, an

die sich die Menschen erst langsam gewöhnen müssen. Wie lange diese „neue Normalität“ andauern soll, darauf will man sich nicht festlegen. Es heißt, bis die Lage im Griff sei oder bis es eine Impfung gäbe. Wie lange das dauern würde, das könne derzeit niemand sagen.

Die Polizei setzt die verordneten Ausgangsbeschränkungen rigoros um. Da die zugrundeliegenden Regelungen aber teilweise unklar und widersprüchlich sind, erhält die Exekutive dabei einen bislang nie dagewesenen Interpretationsspielraum. In einigen Fällen wird sogar Familien und Einzelpersonen, die weit und breit allein auf Straßen und Grünflächen angetroffen werden, nahegelegt, nach Hause zu gehen. Bei Nichtbefolgung der Anweisungen werden Geldstrafen angedroht oder verhängt. Manche Menschen beobachten vom Fenster die Umgebung in ihrer Nachbarschaft und verständigen die Polizei, wenn Personen ihrer Meinung nach zu eng beisammenstehen oder sich Familien mit Kindern nicht an die Betretungsverbote von Spielplätzen halten.

Im Internet verbreiten sich Videos von Influencern viral. Es entstehen neuartige Nachrichtenformate auf Plattformen wie youtube, deren Zuseherzahlen bisweilen in die Millionen gehen. Dabei werden die Inhalte oftmals als „Wahrheiten“ dargestellt, obwohl sich die präsentierten Tatsachen der unterschiedlichen Formate oft vollkommen widersprechen. Die Lage wird zusehends unübersichtlicher. Es wird immer schwieriger, zwischen absichtlichen Falschmeldungen, obskuren Verschwörungstheorien, unterschiedlichen Meinungen und wissenschaftlich fundierten Fakten zu unterscheiden. Die Regierung beginnt deshalb damit, Falschmeldungen oder nicht nachvollziehbaren Behauptungen zu kennzeichnen. Dafür wird in Windeseile eine Arbeitsgruppe im Gesundheitsministerium eingerichtet, die sogenannte Wahrheitskommission. Für die Erstauswahl von suspekten Informationen, die gekennzeichnet werden sollen, wird kurzfristig Personal rekrutiert. Die Kriterien für die Kennzeichnung bedenklicher Inhalte sind nicht völlig ausformuliert, die Bewertung erfolgt jeweils individuell für jede einzelne Meldung, je nach Einschätzung dieser neuen Mitarbeiter.

Medizinisch gesehen hat die Bevölkerung großes Glück. Das Virus entpuppt sich als harmloser als befürchtet und der rasche Shutdown des öffentlichen Lebens hat eine gefährlich schnelle Ausbreitung unterbunden. Es wird klar: Sofern es gelingt, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern, haben die zu erwartenden Todeszahlen – so schmerzlich sie auch sind – bei Weitem nicht das apokalyptische Ausmaß, wie ursprünglich befürchtet. Und ähnlich wie bei einer Grippewelle flaut auch die Welle der neuartigen Viruserkrankung langsam ab. Krankenhäuser und Messehallen, die zunächst als Auffanglager und Puffer für überlastete Kliniken umfunktioniert worden waren, leeren sich rasch. Die Heilung der Patienten geht voran, die Zahl der amtlich festgestellten Neuinfektionen geht zurück. Viele Menschen haben auch völlig unbemerkt eine Infektion durchgemacht, folglich Antikörper gebildet und sind nun teilweise gegen das Virus immun.

Mit der erfreulichen Entwicklung im medizinischen Bereich regt sich allerdings auch erste Kritik an den strengen Maßnahmen. Die Opposition fordert Aufklärung und stellt die Verhältnismäßigkeit der drastischen Freiheitseinschränkungen in Frage. Man will die Befugnisse der zuständigen Ministerien wieder auf das zuvor übliche Maß zurückstutzen. Die Regierung weist dies jedoch zurück und verweist auf die weiterhin latente Gefahr. Um Revolten zu verhindern und den Staatsbankrott zu vermeiden, wird das wirtschaftliche Leben langsam wieder hochgefahren. Fabriken nehmen die Produktion wieder auf und die Geschäfte öffnen. Begleitet wird dies von strengen Auflagen wie einer Maskenpflicht und verpflichtenden Sicherheitsabständen zwischen Mitarbeitern und Kunden. Staatshilfen werden großzügig verteilt. Große, bankrott gegangene Betriebe werden verstaatlicht. Trotzdem fallen viele Menschen durch das soziale Netz und verarmen infolge einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise.

Die Regierung betont weiterhin die Notwendigkeit der verordneten Maßnahmen und behält sich vor, auf tagesaktueller Basis über eine Lockerung oder Verschärfung zu entscheiden. Dabei entwickeln die Beamten in den zuständigen Ministerien eine unglaubliche Kreativität, die Details des öffentlichen und teilweise auch des privaten Lebens bis ins Kleinste zu regulieren. In stundenlangen Pressekonferenzen, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen meist live überträgt, werden die jeweils aktuellsten Bestimmungen von den zuständigen Ministern vorgetragen. Die anschließende Fragerunde mit Journalisten wird hingegen nicht übertragen. Man wolle die Menschen nicht durch Diskussionen noch weiter verunsichern, heißt es seitens der Sendungsverantwortlichen.

Die Lockerungen der Ausgangsbeschränkungen erfolgt schrittweise und mit Begleitmaßnahmen. Zum Beispiel werden die Schwimmbäder wieder geöffnet. Der Bademeister ist nun allerdings nicht mehr nur für die Sicherheit der Badegäste und die Einhaltung der Hausordnung zuständig, sondern als „Beckenmanager“ auch angehalten darauf zu achten, dass sich die Menschen im Pool und auf der Liegewiese nicht zu nahekommen. Bei Verstößen ist er berechtigt, Bußgelder zu verhängen. Um sich selbst vor protestierenden Badegästen zu schützen, wird er mit Pfefferspray und Bodykamera ausgestattet. Neue T-Shirts mit Offiziersstreifen an den Schultern sollen zudem den Charakter eines offiziellen Ordnungsorgans unterstreichen. Ähnliches gilt für Hausmeister in Wohnanlagen, Türsteher von Lokalen, das Sicherheitspersonal in Einkaufszentren, Briefträger, Schaffner in den Eisenbahnen und sonstigen öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Lehrer an den Schulen. Sie alle werden dazu herangezogen, neben ihrer eigentlichen Tätigkeit nun vor allem auch auf die Einhaltung der Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung zu achten. Dabei ist zu beobachten, dass einige Menschen in diesen Berufsgruppen ihre neuen Befugnisse lustvoll auskosten und mit einer gewissen Eigenmächtigkeit interpretieren. Ein effektiver Beschwerdemechanismus gegen etwaige Kompetenzüberschreitungen der neuen Ordnungshüter existiert de facto nicht. Wer also ein Bußgeld vermeiden will, der ordnet sich unter – egal ob er sich nun zu Unrecht gemäßregelt fühlt oder nicht.

Die meisten Menschen sind mit der Arbeit der Regierung hochzufrieden, schließlich ist kaum jemand krank geworden, nur wenige sind gestorben. Einige Menschen empfinden die andauernde Bevormundung durch die Regierung jedoch als zunehmend unerträglich. Als ein Anwalt und ein Arzt eine Demonstration gegen die Maßnahmen anmelden wollen, wird diese kurzerhand untersagt. Demonstrationen seien undurchführbar und unvereinbar mit dem Versammlungsverbot, ja geradezu gefährlich in der aktuellen Situation. Nur wenige Menschen wollen das nicht einsehen, darunter sind allerdings auch angesehene Verfassungsjuristen. Rund zweihundert Menschen sammeln sich trotz Verbots in der Innenstadt. Neben wenigen Vertretern der bürgerlichen Mittelschicht und einigen Intellektuellen, finden sich hauptsächlich Angehörige sozialer und politischer Randgruppen zur verbotenen Demonstration ein. Die Polizei räumt den Platz und die Protestierenden werden in den Medienberichten überwiegend als Spinner und Verschwörungstheoretiker abgestempelt, deren Anliegen in keinsten Weise berechtigt seien. In den diversen sozialen Netzwerken wird auch nicht mit Anfeindungen, wüsten Beschimpfungen und sogar Drohungen gegen die Demonstranten gespart, freilich ohne, dass die zuständigen Seitenadministratoren dagegen einschreiten würden.

Politisch radikale Extremisten wollen das Momentum der Unzufriedenheit für sich nutzen und sind ebenfalls bei der nicht-genehmigten Demonstration. Das liefert den Gegnern der Versammlungsfreiheit zusätzliche Munition, um die politischen Proteste allesamt für

gefährlich und illegal zu erklären. Alle Demonstrationen bleiben in der Folge verboten. Wer dennoch dazu aufruft oder sich an ihnen beteiligt, wird nicht nur mit Verwaltungsstrafen belegt, sondern muss sich wegen „vorsätzlicher Verbreitung einer tödlichen Krankheit“ verantworten. Es gibt erste Urteile und auch Gefängnisstrafen, vor allem für Rädelsführer und Organisatoren von Protestaktionen. Dies sei aus generalpräventiver Sicht notwendig um Nachahmer abzuschrecken, heißt es in den jeweiligen Urteilsbegründungen. Weniger prominente Personen, die im Zuge von Demonstrationen oder unzulässiger Gruppenbildung aufgegriffen werden, werden in die zu medizinischen Zwecken umfunktionierten Messehallen gebracht und dort präventiv unter eine 14-tägige Quarantäne gestellt. Überwacht wird diese Maßnahme durch Beamte des Innenministeriums. Sollten die Menschen sich in der Quarantäne nicht an das Selbstisoliationsgebot halten, kann die Quarantäne aus Sicherheitsgründen um jeweils weitere zwei Wochen verlängert werden. Eine höchstzulässige Gesamtdauer dieser Maßnahme ist in der zugrundeliegenden Verordnung nicht vorgesehen.

2021

Die medizinisch spürbaren Auswirkungen der Epidemie sind beinahe verschwunden, die Zahl der Infizierten stagniert auf niedrigem Niveau oder ist sogar leicht rückläufig. Um ein Wiederaufflammen der Krankheit zu verhindern, sind nach wie vor alle Landesgrenzen für den Personenverkehr gesperrt – Österreich ist schließlich auf einem guten Weg, das will man sich nicht durch Einschleppung von Erregern aus dem Ausland kaputt machen lassen. Dieses Argument leuchtet ein. Das Bundesheer sichert die Grenzen mit scharfer Munition. Außerdem unterstützt die Miliz im Rahmen eines vom Innenministerium auf unbestimmte Dauer beantragten Assistenzeinsatzes die Polizei bei der Überwachung der Corona-Maßnahmen. Treffen von mehr als fünf Personen sind strikt untersagt. Um diese Maßnahme konsequent durchsetzen zu können, ist das Smartphone ständig mitzuführen. Die Regierung behält sich vor, anlassbezogen oder auch stichprobenartig, personenbezogene Bewegungsprofile behördlich auszuwerten. Flüge ins Ausland sind nur für Mitglieder der Bundesregierung und Vorstände der verstaatlichten Industrie zugelassen, ansonsten bedürfen sie einer Sondergenehmigung. Alle Telekomunternehmen sind inzwischen verstaatlicht. Mit dem vorgegebenen Ziel, die Glasfaserleitungen und Mobilfunknetze nicht zu überlasten, hat man die tägliche Internetnutzungszeit auf maximal zwei Stunden pro Tag und Person beschränkt. Um die Einhaltung dieser Maßnahme zu kontrollieren, muss sich jeder Nutzer zu Beginn seiner Session mit Namen und Sozialversicherungsnummer über ein Onlineportal des Innenministeriums einloggen, um Zugang zum Netz zu erhalten. Ausgenommen von der zeitlichen Beschränkung ist lediglich das Streaming der Nachrichten von öffentlich-rechtlichen und verstaatlichten Rundfunksendern.

In den Schulen und Kindergärten werden die heranwachsenden nicht primär unter pädagogischen Gesichtspunkten unterrichtet, sondern vor allem gemäß ihrer Eigenschaft als potenzielle Überträger einer gefährlichen Krankheit behandelt. Ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts ist daher, das richtige Anlegen der Schutzmasken zu üben. Im Alltag ist der Lehrkörper dazu angehalten, auf die Einhaltung des vorgeschriebenen Abstands zwischen den Kindern zu achten. Wer sich nicht daran hält, der hat mit Nachsitzen, Strafhäusübung und einer Verschlechterung der Betragensnote zu rechnen. Bei fortgesetztem Fehlerhalten wird gegen die Eltern ein Bußgeld verhängt. Sollte auch das nicht zu einer Verhaltensänderung führen, erfolgt eine Befragung durch den Schulpsychologen. Darin wird vordringlich erhoben, ob die fortgesetzte Weigerung des Kindes, sich an die Maßnahmen zu halten, aus eigenem Antrieb erfolgt oder fremdinduziert ist. Im letzteren Fall versucht die Schulleitung zum Schutz des Lehrkörpers und der Gesamtbevölkerung die Ursache des schlechten Einflusses zu

eruiieren und mit den Verantwortlichen, in der Regel den Eltern, ein klärendes Gespräch zu führen. Sollte all das nicht helfen, dann müssen die Kinder zu ihrem eigenen Schutz und letztlich auch zum Wohlergehen Aller – so schwer eine solche Entscheidung auch fallen mag – unter die Erziehungshoheit der staatlichen Jugendwohlfahrt gestellt werden. Für besonders schwere Fälle gibt es eigene Internate.

Politisch operiert die Regierung weiterhin mittels Verordnungen auf Basis eines Sondergesetzes zur Seuchenbekämpfung, welches sie mit einfacher Mehrheit verlängert hat. Eine Prüfung des Verfassungsgerichtshofs steht noch aus. Dessen Zusammenkunft ist allerdings auf unbestimmte Zeit verschoben, da ein Mitglied an dem neuartigen Virus erkrankt ist und sich folglich sämtliche Richter in Quarantäne befinden. Die meisten von ihnen sind bereits im fortgeschrittenen Alter und folglich Teil der Risikogruppe, bei der eine Erkrankung mit hoher Wahrscheinlichkeit besonders schwere Folgen haben kann. Die Regierung will daher kein Risiko eingehen und die Möglichkeit eines Zusammentreffens der Verfassungsrichter zuvor eingehend von fachkundigen Experten aus dem Bereich der Medizin und Virologie prüfen lassen. In jedem Fall behält sich der Kanzler die Letztentscheidung darüber vor. Es gelte schließlich, die Hüter der Verfassung als systemrelevanten Grundpfeiler der Demokratie und des Rechtsstaats vor dem Virus zu schützen, heißt es in einer Presserklärung. Alle weiteren Entscheidungen zur Regelung des täglichen Lebens fallen in einem Krisenstab aus Ministern und einem Gremium mit nicht namentlich bekannten Fachleuten. Längst finden sich keine Ärzte und Wissenschaftler mehr in dieser Expertenkommission, die die Regierung bezüglich der weiteren Vorgehensweise berät. Vertreten sind stattdessen Sicherheitsexperten, Meinungsforscher und Marketingspezialisten. Alle unabhängigen Medien sind infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bankrott gegangen. Um die Arbeitsplätze der Journalisten zu sichern, wurden sie von der Regierung notverstaatlicht. Die Chefredakteure wurden dem Gesundheitsministerium unterstellt. Sämtliche Beiträge werden nun von der dort angesiedelten Wahrheitskommission zunächst einem Faktencheck unterzogen, bevor sie veröffentlicht werden.

Heute

Der Kanzler verweist in seiner heutigen Pressekonferenz, die wie immer auf allen Kanälen live übertragen wird, erneut auf die unsichere Gefährdungslage durch das neuartige Virus und betont, dass man die gesundheitlichen Entwicklungen weiterhin aufmerksam beobachte und die Situation laufend nach bestem Wissen bewerte. Eine Impfung sei leider immer noch nicht in Sicht. Der Kanzler verkündet daraufhin die Verhaltensregeln und Maßnahmen für die kommende Woche auf Basis der Empfehlungen seiner Expertenkommission. So wie jeden Abend endet die Übertragung mit den Worten: „Halten Sie durch und vergessen Sie nicht: Was heute gilt, kann morgen schon nicht mehr gültig sein. Wir beobachten die Situation weiter und informieren Sie laufend über die aktuelle Gefährdungslage. Schalten Sie nun bitte das Empfangsgerät ab, verriegeln Sie die Tür und machen Sie das Licht aus. Gute Nacht und: *bleiben Sie gesund!*“

ENDE